

# WÖCHENTLICHE NACHRICHTENZUSAMMENFASSUNG

KW 41

08.10.2018

QUELLE:



## ZUSAMMENFASSUNG

- ✓ Der ungarisch-ukrainische diplomatische Konflikt hat sich weiter zugespitzt – im Hintergrund der Ausweisung des ungarischen Konsuls von Beregszász steht in erster Linie sein Widerstand in Verbindung mit dem ukrainischen Sprachengesetz sowie der Umstand, dass partikuläre Interessen Oberhand gewinnen, also die Hoffnung genährt wird, die nationalistische Politik in Wählerstimmen umzumünzen.
  
- ✓ Nach dem vergangenen Jahr wird die ungarische Regierung den Rentnern auch im November 2018 wieder ergänzende Zuwendungen zukommen lassen – nachdem die Höhe der Ausschüttung aufgestockt wurde, dürften auch jene Kritiken der Opposition verstummen, die in der Rentenprämie einen simplen Schachzug im Wahlkampf sahen.
  
- ✓ Bernadett Szél hat die LMP verlassen – der Weggang der Politikerin ist eine symbolische Station einer sich womöglich in die Länge ziehenden Agonie der Partei, nachdem die LMP mit ihr als Spitzenkandidatin für das Ministerpräsidentenamt im April noch ihr historisch bestes Wahlergebnis erzielen konnte.
  
- ✓ Die Gesundheitsstaatssekretärin räumt ihren Posten – Anikó Nagy reichte ihr Rücktrittsgesuch ein und möchte an die Spitze des Kinderkrankenhauses „Pál Heim“ zurückkehren, welche Position mit einem hohen fachlichen Ansehen verbunden ist, während Minister Miklós Kásler zahlreiche Probleme in einem Gesundheitswesen bewältigen muss, das sich im Fokus der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit befindet.

## WICHTIGE MELDUNGEN – WIRTSCHAFTSPOLITIK

### DIE REGIERUNG SCHÜTTET DEN ÄLTEREN MENSCHEN ZUM ZWEITEN MAL EINE RENTENPRÄMIE AUS

Nach dem vergangenen Jahr schüttet die ungarische Regierung auch im November 2018 wieder ergänzende Zuwendungen an die Rentner aus. Die Prämienausschüttung wird in diesem Jahr umfangreicher ausfallen, was in erster Linie dem für das Jahr 2018 prognostizierten Wirtschaftswachstum von über vier Prozent zu verdanken ist.

Laut der Bestimmung einer 2009 verabschiedeten Rechtsnorm ist, sofern das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu unveränderten Preisen im Berichtsjahr – im gegebenen Fall also in 2018 – voraussichtlich 3,5 Prozent übersteigt sowie das Defizitziel des Staatshaushalts im gleichen Jahr wie geplant erfüllt wird, den dazu berechtigten Personen im November des betreffenden Jahres eine Rentenprämie auszuschütten. Ausgehend von einem Wirtschaftswachstum um 4,4 Prozent wird der maximale Wert der einmalig ausgeschütteten Prämie in diesem November 18.000 Forint betragen. Im Vergleich zu 2017 bedeutet dies eine Steigerung um sechstausend Forint oder 50 Prozent, was durch die vorteilhafte makroökonomische Entwicklung möglich wird. Die unbereinigte Wachstumszahl für das zweite Quartal 2018 belief sich auf 4,9 Prozent, womit Ungarn innerhalb der Europäischen Union aktuell die zweitstärkste Konjunktur vorweisen kann.

Im Ergebnis der Ausschüttung werden rund 2,6 Millionen Menschen mit Rentenansprüchen noch vor Jahresende an besagten Betrag gelangen. Die Höhe der Rentenprämie hängt somit von der Höhe des BIP-Wachstums ab, wobei der Anteil oberhalb von 3,5 Prozent mit einem Viertel der monatlichen Rentenbeträge multipliziert wird, welche Summe gleichzeitig maximal zwanzigtausend Forint erreichen darf. Die Maßnahme der Regierung kommt unterm Strich den durch das Gesetz definierten Verpflichtungen nach beziehungsweise vertritt die Interessen einer der breitesten und politisch besonders aktiven Gesellschaftsschicht.

## WICHTIGE MELDUNGEN – AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

### EIN UNGARISCHER KONSUL IN BEREGSZÁSZ WURDE ZUR PERSONA NON GRATA ERKLÄRT

Das ukrainische Außenministerium wies am Vormittag des 4. Oktober gemäß der eine Woche zuvor durch den Ressortleiter Pawlo Klimkin ausgesprochenen Warnung den Konsul von Beregszász aus, der das Territorium des Landes binnen 72 Stunden verlassen muss. Die ungarische Diplomatie verwies als angemessene Antwort einen ukrainischen Konsul Ungarns. Unterdessen hat das ukrainische Parlament in erster Lesung jenes Sprachengesetz bewilligt, welches als Hauptquelle des Konflikts anzusehen ist.

Die ukrainisch-ungarischen diplomatischen Beziehungen sind im Zuge der Ereignisse der vergangenen Woche auf einen Tiefpunkt gesunken. In der letzten Woche wurde ein ungarischer Konsul in Beregszász zur *Persona non grata* erklärt und in erster Lesung jenes Sprachengesetz zur Beschränkung der Nutzung ihrer Muttersprache durch die Minderheiten gebilligt, welches früher keine Mehrheit im Parlament fand. Der Konsul musste das Territorium der Ukraine bis Sonntagabend, innerhalb von 72 Stunden nach der diesbezüglichen Entscheidung, verlassen. Als verhältnismäßige diplomatische Reaktion hat das ungarische Außenministerium im Verlaufe des Donnerstags einen ukrainischen Konsul des Landes verwiesen.

Der ausgewiesene ungarische Konsul nahm in Wirklichkeit keine Tätigkeit vor, die sich mit seiner Position nicht vereinbaren lässt, so dass er im Sinne des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen von 1963 die Ukraine zu verlassen hätte. Im Hintergrund dieses Konflikts findet sich die seit dem Ende des vorigen Jahres anhaltende Debatte über das Sprachengesetz; als jüngste Entwicklung hat das ukrainische Parlament mit 261 Stimmen von 450 Abgeordneten das neue Sprachengesetz verabschiedet. Dieses Gesetz sagt unter anderem aus, dass:

- in der Ukraine die einzige offizielle und Staatssprache das Ukrainische ist,
- die „Vernachlässigung“ der Staatssprache strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen kann,

- in Bildungseinrichtungen und im öffentlichen Raum des gesellschaftlichen Lebens die Nutzung der ukrainischen Sprache verbindlich vorgeschrieben ist,
- alle Staatsbürger die Staatssprache sprechen müssen, wobei für den Erwerb der ukrainischen Staatsbürgerschaft eine Sprachprüfung in ukrainischer Sprache abzulegen ist.

Ein wichtiger Aspekt dieses Konflikts besteht darin, dass der politische Wahlkampf in Verbindung mit der im kommenden Frühling anstehenden Präsidentschaftswahl in der Ukraine bereits vor zwei Wochen seinen Anfang nahm, weshalb das Aufgreifen dieses Themas ukrainischen Politikern eine günstige Gelegenheit bietet, radikale Stimmen einzufangen. In der näheren Zukunft ist damit zu rechnen, dass die ungarische Diplomatie, indem sie an ihrem bisherigen Standpunkt festhält und in Vertretung der ungarischen Minderheit in Transkarpatien auftritt, auch weiterhin die europäische und euroatlantische Integration der Ukraine blockieren wird. Eine Veränderung in dieser Haltung ist erst zu erwarten, wenn ein Kompromiss geschlossen werden kann, mit dem der Schutz der Interessen der ungarischen Minderheit in Transkarpatien tatsächlich garantiert wird.

## WICHTIGE MELDUNGEN – UNGARISCHE INNENPOLITIK

### DIE DEBATTE ÜBER EINEN PARLAMENTSBESCHLUSS ZUR VERURTEILUNG DES SARGENTINI-BERICHTS HAT BEGONNEN

Die ungarische Regierung steht auf dem Standpunkt, dass im Sinne des Vertrags von Lissabon jeder EUMitgliedstaat das Recht hat, eigenständig und frei in der Einwanderungsfrage zu entscheiden. Die Regierung betrachtet es als beunruhigend, dass der Sargentini-Bericht überwiegend Fälle untersucht, die nicht unter das Gemeinschaftsrecht fallen, sondern in die Kompetenz der Mitgliedstaaten.

Die durch die Regierungsparteien vertretene Position wird dadurch bestärkt, dass sie seit dem Höhepunkt der Einwanderungskrise 2015 in dieser Angelegenheit sowohl im internationalen politischen Leben als auch in Ungarn einen konsequenten Standpunkt

einnehmen. Der den Sargentini-Bericht zurückweisende Inhalt der in der vergangenen Woche im Parlament eingereichten Beschlussvorlage bot somit in erster Linie den Repräsentanten der Regierungsparteien die Gelegenheit, die Kernaussagen ihrer Politik zu vermitteln. Im Verlauf der Debatte legten die Regierungsparteien die Betonung auf den Schutz der nationalen Interessen, welches Denkschema gestützt auf die Daten von Meinungsumfragen einen Anhaltspunkt für die ungarische Gesellschaft darstellt.

Die Oppositionsparteien haben 2018 in einzelnen Fragen wie beispielsweise zur Migrationspolitik sowie hinsichtlich ihrer Europapolitik Strategiewechsel vorgenommen. Ihre primäre Zielstellung besteht dabei darin, nicht allein die durch die Regierung ergriffenen Maßnahmen zu widerlegen oder zu kritisieren, sondern im Bemühen um möglichst viele Wählerstimmen eine totale Destruktion an den Tag zu legen. Unter den Wortmeldungen der verschiedenen Oppositionsparteien im Parlament wick einzig die Meinung der unabhängigen Abgeordneten Dóra Dúró ab, die als Politikerin die neue Bewegung „Unsere Heimat“ vertritt, und die vorschlug, den Sargentini-Bericht ohne eingehende Prüfung prinzipiell abzulehnen.

#### BERNADETT SZÉL SETZT IHRE POLITISCHE LAUFBAHN ALS UNABHÄNGIGE ABGEORDNETE FORT

Nachdem sie von ihren Ämtern in der Parlamentsfraktion und als Parteivorsitzende der grünalternativen LMP zurückgetreten war, verließ jene Bernadett Szél, die bei den Parlamentswahlen noch als Herausforderin um das Amt des Ministerpräsidenten ins Rennen ging, in der vergangenen Woche auch die Partei selbst. Hinter diesem Austritt stehen die Entscheidungen der Ethikkommission der LMP sowie die strategischen und ideologischen Bruchlinien innerhalb der Parteimitglieder.

Neben Bernadett Szél verließ noch der Politiker der jüngst aufgelösten linken Splitterpartei Együtt, Szabolcs Szabó, die Fraktion der LMP. Damit hat diese Partei seit April ein Drittel ihrer Fraktionsstärke im Parlament eingebüßt; der Fraktionsstatus kann im Zuge einer Modifizierung der früheren Bestimmungen zur Hausordnung des Parlaments in dem Fall erlöschen, wenn die Mitgliederzahl weniger als drei Abgeordnete beträgt. Der Austritt der früheren Co-Vorsitzenden war in erster Linie jenem Umstand zuzuschreiben, dass Szél im Sinne der durch die Ethikkommission getroffenen

Entscheidung für einen Zeitraum von drei Jahren untersagt wurde, sich um Parteiämter zu bemühen, nachdem sie offizielle Beschlüsse der LMP missachtet hatte, indem sie im Finish des Wahlkampfes Konsultationen über gegenseitige Rücktritte von Oppositionspolitikern führte. In den seither vergangenen Wochen und Monaten kam es wiederholt zu Meinungsverschiedenheiten zwischen ihr und Parteimitgliedern: So beharrte Szél auf dem Standpunkt, dass der Europaabgeordnete der LMP den Sargentini-Bericht hätte befürworten müssen, während bei der Nachwahl um das Bürgermeisteramt im 15. Stadtbezirk von Budapest die Oppositionskandidatin Angéla Németh die Unterstützung der LMP hätte erhalten sollen. Darüber hinausgehend geriet sie in einen persönlichen Konflikt mit dem LMP-Politiker Róbert Benedek Sallai, der ein weiteres Verfahren vor der Ethikkommission gegen Szél anstrengen wollte. Um diesen persönlichen Konflikt beilegen zu können, ist ein Gerichtsprozess denkbar, nachdem Szél behauptet, der frühere Abgeordnete der LMP habe sie beleidigt.

Der Austritt von Bernadett Szél aus der Partei dürfte deren Sympathiewerte empfindlich berühren.

Als sie einst die Partei führte und als Spitzenkandidatin in den Wahlkampf zog, lag sie in den Umfragewerten regelmäßig vor Gábor Vona oder Ferenc Gyurcsány. Im Kreis der Oppositionsparteien konnte hinsichtlich des Bekanntheitsgrades einzig Gergely Karácsony besser als Szél abschneiden. Aus diesen Gründen dürfte Bernadett Szél eine entscheidende Rolle beim Erreichen des bislang stärksten Wahlergebnisses der LMP gespielt haben, deren Zerfallsprozess an die schleichende Auflösung der einstigen Kleinlandwirtepartei erinnert. Seit den Konflikten und Bruchlinien offen zutage treten, schwindet die Popularität der aktuell von László Lóránt Keresztes geführten Partei systematisch: In der jüngsten Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts erreicht die LMP unter allen Wählern noch 3 Prozent, unter jenen Sympathisanten, die ganz sicher wählen gehen würden, noch 5 Prozent.

#### ANGÉLA NÉMETH WURDE BÜRGERMEISTERIN IM XV. STADTBEZIRK

Die Nachwahl in dem Stadtbezirk von Budapest wurde erforderlich, nachdem sich infolge der Wahl des früheren Bürgermeisters László Hajdu ins Parlament eine Unvereinbarkeit seiner Positionen ergab. Der XV. Bezirk gilt als ein Wahlkreis mit traditionell

linksgerichteten Wählern, wobei die jetzige Nachwahl des Bürgermeisters ein knappes Rennen zwischen den Kandidaten der Regierungsparteien und der Opposition brachte.

Angéla Németh trat als gemeinsame, unabhängige Kandidatin der linken Oppositionsparteien zur Wahl an, wobei ihre Person mit Ausnahme von LMP und Jobbik in diesem politischen Wettstreit durch alle relevanten Oppositionsparteien unterstützt wurde. Bürgermeister des Stadtbezirks wurde im Jahre 2014 jener László Hajdu, der damals als Kandidat der DK mit 11.294 Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 39,3 Prozent gewinnen konnte. Die Regierungsparteien nominierten auch dieses Mal wieder – wie seit 2010 zu jeder Wahl – den Politiker Tamás László für diese Position, der im Zeitraum 2010-2014 den Stadtbezirk bereits einmal als Bürgermeister geführt hatte. Die Nachwahl vom 30. September brachte eine geringere Wahlbeteiligung, wobei beide politischen Lager ihre Anhänger gut mobilisierten: So erhielt Angéla Németh nur 7 Stimmen weniger, als László Hajdu 2014, während Tamás László 34 Stimmen mehr holen konnte. Letzten Endes behielt die mit Unterstützung der Oppositionsparteien angetretene unabhängige Kandidatin mit 697 Stimmen die Oberhand, was eindeutig ihrem Vorteil aufgrund des lediglich zweipoligen politischen Wettstreits zugeschrieben werden kann.

Im X. Stadtbezirk fand wegen des Rücktritts des Fidesz-Politikers Ferenc Gazdag die Nachwahl für ein Abgeordnetenmandat statt, bei der es dem Kandidaten von Fidesz-KDNP gelang, bei einer ausgesprochen niedrigen Wahlbeteiligung (von 17,5%) den Gegenkandidaten der MomentumBewegung mit 54 Prozent der Stimmen zu schlagen. Das Besondere an der Abstimmung im X. Stadtbezirk bestand darin, dass es zum ersten Mal seit den Parlamentswahlen dazu kam, dass die im Zuge der Kampagne „NOLimpia“ gegründete Bewegung einen eigenständigen Kandidaten ins Rennen schickte, hinter den sich als Unterstützer die Linksparteien DK und MSZP stellten.

## NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

### ISTVÁN TARLÓS KÖNNTE SICH ERNEUT UM DAS AMT DES OBERBÜRGERMEISTERS BEWERBEN

Vermutlich wird Amtsinhaber István Tarlós als Kandidat von Fidesz-KDNP bei den im kommenden Jahr anstehenden Kommunalwahlen um das Amt des Oberbürgermeisters von Budapest antreten. Seine Kandidatur wäre ein politisch rationaler Schritt, nachdem die Zusammenarbeit zwischen Tarlós und der Regierung seit 2010 frei von größeren Meinungsverschiedenheiten ist und er über die letzten Jahre hinweg ausgeglichene Sympathiewerte in Budapest vorlegen kann. Im Jahre 2014 erzielte István Tarlós ein Ergebnis von 49 Prozent, wobei er 77.000 Stimmen mehr holen konnte, als der Oppositionskandidat Lajos Bokros. Der Stimmenanteil von 49 Prozent verdeutlicht, dass Tarlós als Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters imstande war, auch Sympathisanten jenseits des Wählerlagers von Fidesz-KDNP anzusprechen. Zum Vergleich konnten die Regierungsparteien nämlich bei den Parlamentswahlen im April dieses Jahres 38,3 Prozent der auf die Parteilisten abgegebenen Stimmen in der Hauptstadt auf sich vereinen. János Lázár, mit dem Tarlós mehrfach Konflikte auszutragen hatte, wurde im Zuge der Regierungsbildung an die Peripherie der Landespolitik gedrängt. An seiner Stelle muss Tarlós künftig Einklang mit dem neuen Kanzleramtsminister Gergely Gulyás sowie dem für Budapest und die Agglomeration zuständigen Staatssekretär Balázs Fürjes in Angelegenheiten der Hauptstadt finden, um die Entwicklungsprojekte für Budapest in den folgenden Jahren reibungslos zu gestalten.

### UMSTRUKTURIERUNGEN IN DEN MEDIENRELATIONEN DER REGIERUNGSPARTEIEN

Boglárka Farkas hat die Führung des im vergangenen Jahr mit erheblichen Beträgen erneuerten Nachrichtensenders Echo TV abgegeben. Neuer Generaldirektor ist jener Miklós Vaszily, der den Posten als operativer Stellvertreter der öffentlich-rechtlichen Medien aufgibt, wobei er früher ebenso jene Medienunternehmen führte, zu denen die Internetportale Portfólió, Index und Origó gehören. Der neue Chef übernahm die Führung von Echo TV exakt zwei Monate, nachdem das Nachrichtenfernsehen Hír TV wieder auf

den Kurs der Regierungsparteien einschwenkte. Das Verhältnis der beiden konservativ eingestellten TV-Kanäle, die sich mit Politik und dem öffentlichen Leben befassen, ist seither Gegenstand ständiger Spekulationen in den Medien. In Verbindung mit dem jetzigen Führungswechsel kamen Gerüchte auf, wonach die mittelfristig zu vollziehende Verschmelzung von Echo TV und Hír TV praktisch als entschieden angesehen werden darf, beziehungsweise dass die zuletzt am 11. April erschienene konservative Tageszeitung Magyar Nemzet ausgerichtet auf die Regierungsparteien ein Comeback erleben könnte.

In diesem Zusammenhang ist die Meldung zu verstehen, wonach die Mitteleuropäische Presse- und Medien-Stiftung ihre Eintragung beim Gericht erlangte. Die Gründung dieser Stiftung bildet einen Teil jener Bestrebungen, mit denen die Presseerzeugnisse des Regierungslagers unter eine einheitliche Führung gelangen sollen, wobei die exakte rechtliche Konstruktion (beispielsweise das Verhältnis der Stiftung zu der erst kürzlich durch Gábor Liskay eingetragenen Média Fundamentum Nonprofit Zrt.) und die Frage, welche Medien in die sich abzeichnende Medienholding aufgenommen werden sollen, vorläufig noch nicht abgeklärt sind. Die neue Stiftung könnte zudem eine Rolle bei der Expansion der Regierung auf den Medienmärkten Mitteleuropas übernehmen.

## DIE GESUNDHEITSSTAATSSEKRETÄRIN IST ZURÜCKGETRETEN

Die für das Gesundheitswesen zuständige Staatssekretärin Anikó Nagy reichte nur vier Monate nach ihrer Ernennung den Rücktritt ein, wie sie mitteilte, um an die Spitze des Kinderkrankenhauses „Pál Heim“ zurückzukehren. Im Hintergrund dieser Entscheidung dürften hauptsächlich die schlechten Arbeitskontakte zu Minister Miklós Kásler stehen; einzelnen Mediengerüchten zufolge sollen der Minister und seine Staatssekretärin seit Wochen kein Wort mehr miteinander gewechselt haben. Auf den Nachfolger von Anikó Nagy, der vorläufig noch nicht berufen wurde, wartet die Konsolidierung des in den jüngsten Tagen in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gelangten Gesundheitswesens sowie die Klärung des den Erwartungen des Ministerpräsidenten gerecht werdenden Verhältnisses zwischen dem privaten und dem staatlichen System der Gesundheitsversorgung.

## PROGNOSE

- ✓ Am Sonntag, dem 14. Oktober, finden Landtagswahlen in Bayern statt. Für die Partei von Horst Seehofer folgt eine Wahl von entscheidender Bedeutung, nachdem der gesellschaftliche Rückhalt der CSU im Bundesland Bayern im Ergebnis der in der Flüchtlingskrise auf Bundesebene verfolgten Politik stark gelitten hat. Den jüngsten Umfragen zufolge könnte die CSU ihre absolute Mehrheit einbüßen, was in erster Linie mit dem Erstarren der AfD im Zusammenhang steht. Die Wahl am Wochenende kann schicksalhaft für die Zukunft der CSU werden, gleichzeitig aber auch Auswirkungen auf die deutsch-ungarischen Beziehungen haben.
- ✓ Wären am Sonntag Europawahlen, würden Fidesz-KDNP 13 der Ungarn im Europaparlament zustehenden 21 Sitze gewinnen können. Daneben könnte die Jobbik vier, die LMP einen Abgeordneten ins Europaparlament entsenden, während die verbleibenden drei Mandate zwischen der DK und dem Linksbündnis MSZP-P aufgeteilt würden. Das aber würde bedeuten, dass die Regierungsparteien laut Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts mehr als 60 Prozent der Mandate erlangen könnten.